Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/417

03. 06. 87

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/92 —

Ausbildung von guatemaltekischen Polizeibeamten in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundesminister des Auswärtigen – 331 – 445.GUA.37 – hat mit Schreiben vom 2. Juni 1987 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Trifft die Behauptung des Fernsehmagazins „Monitor" vom 10. März 1987 zu, nach der bereits in den nächsten Wochen zehn guatemaltekische Polizeibeamte zu Ausbildungszwecken in die Bundesrepublik Deutschland kommen – unter ihnen soll sich auch der Polizeichef Julio Enrique Caballeros befinden –, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt werden die Polizeibeamten in der Bundesrepublik Deutschland eintreffen?

Im Rahmen des Unterstützungsprojekts für die Polizei von Guatemala ist eine Gruppe von hochrangigen guatemaltekischen Polizeiführungskräften – unter ihnen auch der Generaldirektor der Nationalpolizei, Oberst Julio Enrique Caballeros Seigné – zu einem Informationsbesuch eingeladen worden. Der Besuch diente der Information über Aufgaben, Struktur, Organisation und Arbeitsweise der deutschen Polizei; Ausbildungsmaßnahmen sind damit nicht verbunden. Die Besuchergruppe hielt sich vom 18. bis 31. Mai 1987 in der Bundesrepublik Deutschland auf.

2. Trifft die Behauptung von „Monitor" zu, nach der Caballeros selbst, der Offizier der Armee ist, während seiner Tätigkeit in der Armee im Rahmen der Aufstandsbekämpfung persönlich für mehr als tausend Ermordungen an guatemaltekischen Indianern verantwortlich ist?

Die Behauptung ist von der Regierung Cerezo zurückgewiesen worden.

3. Aus welchem Grunde erhält der guatemaltekische Polizeichef selbst, der ausgebildeter Spezialist in der Aufstandsbekämpfung ist und noch Anfang des Jahres zwecks Schulung durch das FBI in den USA war, in der Bundesrepublik Deutschland eine Ausbildung, und welche konkrete Ausbildung wird er erhalten?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Welche Stellen werden mit der Ausbildung der zehn guatemaltekischen Polizeibeamten befaßt sein, und befindet sich unter ihnen ebenfalls das BKA?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

5. Trifft die Meldung der guatemaltekischen Presse zu, nach der am 11. Februar 1987 vom bundesdeutschen Botschafter offiziell an die guatemaltekische Regierung 55 Funkstreifenwagen, 60 BMW-Motorräder, 5 Autobusse und mehrere Funksprechgeräte übergeben wurden?

Ja.

6. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß laut Berichten von Journalisten vor Ort, so „Monitor" am 10. März 1987, die von der Bundesregierung übergebenen Polizeifahrzeuge sowohl von der Polizei als auch von der Armee genutzt werden?

Es wird auf die Antworten der Bundesregierung vom 10. Dezember 1986 (Drucksache 10/6741) zu den Fragen 13 und 14 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Suhr, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 10/6396) verwiesen. Der Notenwechsel ist inzwischen vollzogen und rechtsverbindlich.

7. Über welche Kontrollmöglichkeiten über die Verwendung der Polizeifahrzeuge aus der Bundesrepublik Deutschland verfügt die Bundesregierung?

Zwischen der Bundesregierung und der guatemaltekischen Regierung bestehen intensive Arbeitskontakte, die sich u. a. auch auf die Durchführung der im Notenwechsel vereinbarten Unterstützungsmaßnahmen erstrecken. Diese Arbeitskontakte verschaffen der Bundesregierung ausreichende Kontrollmöglichkeiten über die Verwendung der Fahrzeuge.

8. Liegen der Bundesregierung Angaben von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen vor, in denen angegeben ist, in wie vielen Fällen die Polizei seit dem Amtsantritt Vinicio Cerezo direkt an Folterungen, Ermordungen und Verschwindenlassen beteiligt war, und wenn ja, in wie vielen Fällen war dies der Fall?

Aus verschiedenen Quellen sind der Bundesregierung unterschiedliche Angaben über Fälle angeblicher direkter Beteiligung der Polizei an Menschenrechtsverletzungen zugegangen. Sie hat sich um Aufklärung aller Vorwürfe bemüht. Die von MdB Duve

am 12. März 1987 dem Bundespräsidialamt übersandte Namensliste verschwundener, verschleppter oder ermordeter Personen wurde dem guatemaltekischen Innenminister anläßlich des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten in Guatemala übergeben. Er hat Prüfung zugesagt.

9. Wird Bundespräsident von Weizsäcker während seines Aufenthalts in Guatemala Ende März 1987 im Land auch im Namen der Bundesregierung tätig werden, und wenn ja, in welcher Angelegenheit?

Der Bundespräsident hat Guatemala in Ausübung der ihm vom Grundgesetz übertragenen verfassungsmäßigen Aufgaben einen Staatsbesuch abgestattet. Der Schutz der Menschenrechte gehörte zu den zentralen Themen der Gespräche, die er sowohl mit Präsident Cerezo, Regierungsvertretern und Parlamentariern, als auch mit dem Erzbischof und mit der Präsidentin der Menschenrechtsorganisation GAM, Frau Nineth de Garcia, geführt hat.

10. Werden der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Klein, oder Bundespräsident von Weizsäcker selbst während ihres Aufenthaltes in Guatemala Vorbereitungen und Gespräche für die Entsendung von Polizeibeamten zwecks Ausbildung in die Bundesrepublik Deutschland führen?

Solche Gespräche wurden nicht geführt.

11. Werden Bundespräsident von Weizsäcker und Bundesminister Klein in Guatemala den Innenminister Rodil Peralta treffen, und werden sie ebenfalls ein Gespräch mit dem Polizeichef Luis Enrique Caballeros haben?

Der Bundespräsident sowie Bundesminister Klein haben Innenminister Rodil Peralta getroffen. Ein Gespräch mit Polizeichef Caballeros fand nicht statt.

12. Wie hoch ist die Anzahl der von staatlichen Sicherheitskräften ausgeführten extralegalen Hinrichtungen in Guatemala, und wie hoch ist die Zahl der von Sicherheitskräften entführten Personen?

Der Bundesregierung ist bisher kein Fall bekanntgeworden, in dem erwiesen ist, daß staatliche Sicherheitskräfte seit der Auflösung der Geheimpolizei durch die Regierung Cerezo auf Weisung vorgesetzter Stellen extralegale Hinrichtungen ausgeführt oder Personen entführt haben.

13. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Präsident Cerezo, nach der es seit seiner Amtszeit keine politischen Morde mehr gibt, und die hohe Zahl von Gewaltakten auf den hohen Grad allgemeiner Kriminalität zurückzuführen ist?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung von Präsident Cerezo, nach der es seit Beginn seiner Amtszeit keine von der guatemaltekischen Regierung veranlaßten politischen Morde mehr gibt. Auch die Regierung Cerezo räumt jedoch ein, daß das Ausmaß politisch motivierter privater Gewalt weiterhin hoch ist. Die Bemühungen der neuen demokratischen Regierung, diesen gesellschaftlichen Realitäten durch Herstellung politischer und wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Gerechtigkeit entgegenzutreten, werden auch von internationalen Menschenrechtskommissionen anerkannt.

14. In wie vielen Fällen von Ermordungen und Entführungen haben guatemaltekische Staats- und Rechtsorgane Untersuchungen eingeleitet, und in wie vielen Fällen sind die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden?

Die guatemaltekische Nationalpolizei hat in allen der Bundesregierung bekanntgewordenen Fällen von Ermordungen und Entführungen Untersuchungen eingeleitet. In ca. 20 % der Fälle konnte der Tathergang bisher so weit aufgeklärt werden, daß die Eröffnung gerichtlicher Verfahren ermöglicht wurde.

15. Was ist nach Ansicht der Bundesregierung der Grund dafür, daß zahlreiche Ermordete in Guatemala, die an öffentlich zugänglichen Plätzen aufgefunden werden, häufig Spuren von erheblicher Folter und Verstümmelung aufweisen?

Da rechtskräftige gerichtliche Urteile noch nicht vorliegen, ist eine abschließende Beurteilung dieser Formen der Gewalt nicht möglich.

16. Deuten nach Ansicht der Bundesregierung Folterungen an Ermordeten oder noch Lebenden auf allgemeine, nicht politisch motivierte Verbrechen hin?

Die in der Antwort zu Frage 15 genannten Verhaltensweisen sind sowohl im Bereich allgemeiner Kriminalität als auch bei innenpolitischen Auseinandersetzungen zu beobachten.

17. Wer hat nach Kenntnis der Bundesregierung Camilo Garcia Luis, Marta Odilia Raxjal Sismit, Maria Esteban Sismit, die am 25. und 26. Januar 1987 von Spezialeinheiten der Nationalpolizei in Chimaltenango verhaftet wurden und am 30. Januar 1987 in Chimaltenango tot aufgefunden wurden, ermordet?

Innenminister Rodil Peralta hat der Delegation des Bundespräsidenten bei dessen Staatsbesuch in Guatemala die Aufklärung dieses Falles zugesichert.

18. Wer hat nach Kenntnis der Bundesregierung den Gewerkschafter Manuel de Jesus Lopez Morales ermordet, der am 28. Februar 1987 entführt wurde und mit abgeschlagenen Händen tot aufgefunden wurde?

Ein Ermittlungsergebnis liegt auch hier noch nicht vor.

19. Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Pater Andres Girón, der sehr engagiert in der Bauernbewegung ist und sich Anfang des Jahres mit Außenminister Genscher getroffen hat, von den Todesschwadronen (ESA) bedroht wird?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß Pater Andres Girón unter dem Siegel der vor Jahren aktiven Organisation „Ejército Secreto Anticomunista" (ESA) Drohungen erhalten hat. Die guatemaltekische Regierung hat Pater Girón Schutz für seine persönliche Sicherheit angeboten. Pater Girón hat diesen Schutz abgelehnt.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333